

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungen . . . . .	XXII
Literaturverzeichnis . . . . .	XXIII
<b>Erster Abschnitt: Gutachtliche Falllösungen . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>Unterabschnitt I: Betriebsverfassungsrecht . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>Fall 1 . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>Sachverhalt . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>Prüfungsaufbau . . . . .</b>	<b>3</b>
<b>Lösung . . . . .</b>	<b>3</b>
<b>A. Teil 1 . . . . .</b>	<b>3</b>
<b>I. Zulässigkeit . . . . .</b>	<b>3</b>
1. Rechtswegzuständigkeit und richtige Verfahrensart . . . . .	3
2. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	5
3. Ordnungsgemäße Antragsstellung . . . . .	5
4. Antragsbefugnis . . . . .	5
5. Beteiligten-, Prozess- und Postulationsfähigkeit . . . . .	6
6. Zwischenergebnis . . . . .	6
<b>II. Begründetheit . . . . .</b>	<b>6</b>
1. Erfasste Kosten . . . . .	6
2. Erforderlichkeit der Kosten . . . . .	7
<b>III. Ergebnis . . . . .</b>	<b>9</b>
<b>B. Teil 2 . . . . .</b>	<b>9</b>
<b>I. Anspruch von F und M auf Lohnzahlung aus § 611 Abs. 1                 BGB i. V.m. dem Arbeitsvertrag . . . . .</b>	<b>9</b>
<b>II. Anspruch von F und M auf Lohnzahlung aus §§ 37 Abs. 6                 Satz 1, Abs. 2 BetrVG, 611 Abs. 1 BGB i. V.m. dem Arbeits-                 vertrag . . . . .</b>	<b>10</b>
1. Beschlussfassung . . . . .	10
2. Erforderlichkeit . . . . .	11
a) Seminarteilnahme der Frau F . . . . .	11
b) Seminarteilnahme des M . . . . .	12
3. Ergebnis . . . . .	12
<b>Fall 2 . . . . .</b>	<b>13</b>
<b>Sachverhalt . . . . .</b>	<b>13</b>
<b>Prüfungsaufbau . . . . .</b>	<b>15</b>

## Inhaltsverzeichnis

<b>Lösung</b> . . . . .	15
A. Zulässigkeit . . . . .	15
I. Rechtswegzuständigkeit . . . . .	15
II. Richtige Verfahrensart . . . . .	16
III. Sachliche Zuständigkeit . . . . .	16
IV. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	16
V. Ordnungsgemäße Antragstellung . . . . .	16
VI. Antragsbefugnis . . . . .	17
VII. Beteiligtenfähigkeit . . . . .	17
VIII. Prozess- und Postulationsfähigkeit . . . . .	18
IX. Feststellungsinteresse . . . . .	18
X. Zwischenergebnis . . . . .	19
B. Begründetheit . . . . .	20
I. Auswirkungen der Abspaltung auf die Betriebsvereinbarung . . . . .	20
II. Beendigung der BV-Prämien durch Kündigung . . . . .	21
1. Ordnungsgemäße Kündigungserklärung . . . . .	21
2. Fehlende Regelung zur Kündigung in der Betriebsvereinbarung . . . . .	21
3. Erforderlichkeit eines Kündigungsgrundes . . . . .	22
4. Kündigungsfrist . . . . .	22
5. Entgegenstehender Tarifvertrag . . . . .	22
a) Wirksamer Tarifvertrag . . . . .	22
b) Tarifbindung und Inkrafttreten . . . . .	22
c) Auslegung des Tarifvertrags . . . . .	24
6. Zwischenergebnis . . . . .	25
III. Nachwirkung . . . . .	25
IV. Ergebnis . . . . .	25
<b>Fall 3</b> . . . . .	27
<b>Sachverhalt</b> . . . . .	27
<b>Prüfungsaufbau</b> . . . . .	28
<b>Lösung</b> . . . . .	28
Zahlungsanspruch des B . . . . .	28
I. Arbeitsverhältnis . . . . .	29
II. Betriebliche Übung . . . . .	29
1. Begriff und dogmatische Einordnung . . . . .	29
2. Voraussetzungen für den Anspruch des B aus betrieblicher Übung . . . . .	30
3. Entgegenstehende Schriftformklausel . . . . .	30
4. Zwischenergebnis . . . . .	31
III. Ablösende Betriebsvereinbarung . . . . .	31
1. Zulässigkeit einer verschlechternden Betriebsvereinbarung . . . . .	32
a) Ordnungsprinzip bzw. Ablösungsgrundsatz . . . . .	32
b) Auffassungen im Schrifttum . . . . .	33
aa) Individualrechtlicher Lösungsansatz . . . . .	33
bb) Kollektivrechtlicher Lösungsansatz . . . . .	33
c) Rechtsprechung: kollektiver Günstigkeitsvergleich . . . . .	33
aa) Anwendbarkeit des Günstigkeitsprinzips . . . . .	34
bb) Wirkung des Günstigkeitsprinzips . . . . .	35

cc) Anwendung des Günstigkeitsprinzips . . . . .	37
2. Zwischenergebnis . . . . .	37
IV. Ende der Geltung der kollektiv günstigeren Betriebsvereinbarung . . . . .	37
1. Kündigung der Betriebsvereinbarung . . . . .	38
a) Frist und Form . . . . .	38
aa) Einhaltung der maßgebenden Kündigungsfrist . . . . .	38
bb) Beachtung der vorgeschriebenen Form . . . . .	38
b) Erforderlichkeit eines Kündigungsgrundes . . . . .	38
c) Zwischenergebnis . . . . .	39
2. Nachwirkung der „Betriebsvereinbarung zum Essensgeldzuschuss“ . . . . .	39
a) Erzwingbare Betriebsvereinbarung . . . . .	39
b) Einordnung der Betriebsvereinbarung zum Essensgeld . . . . .	40
c) Nachwirkung bei teilmitbestimmter Betriebsvereinbarung . . . . .	40
aa) Ansichten in der Literatur . . . . .	40
bb) Rechtsprechung des BAG . . . . .	40
cc) Anwendung auf den Fall . . . . .	43
V. Wiederaufleben der betrieblichen Übung . . . . .	43
VI. Ergebnis . . . . .	44
Fall 4 . . . . .	45
Sachverhalt . . . . .	45
Prüfungsaufbau . . . . .	47
Lösung . . . . .	47
A. Zulässigkeit der Anträge . . . . .	47
I. Rechtswegzuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen . . . . .	47
II. Richtige Verfahrensart . . . . .	48
III. Sachliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts . . . . .	48
IV. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	48
V. Beteiligten-, Prozess- und Postulationsfähigkeit . . . . .	49
VI. Ordnungsgemäße Antragstellung . . . . .	50
1. Hauptantrag . . . . .	50
2. Hilfsantrag . . . . .	50
3. Zwischenergebnis . . . . .	50
VII. Antragsbefugnis . . . . .	50
1. Hauptantrag . . . . .	51
2. Hilfsantrag . . . . .	51
3. Zwischenergebnis . . . . .	51
VIII. Feststellungsinteresse für den Hauptantrag . . . . .	51
IX. Rechtsschutzbedürfnis für den Hilfsantrag . . . . .	52
X. Zwischenergebnis . . . . .	52
B. Begründetheit des Feststellungsantrags . . . . .	52
I. Vorliegen einer mitbestimmungspflichtigen Maßnahme . . . . .	53
II. Ordnungsgemäße Unterrichtung des Betriebsrats . . . . .	54
III. Zustimmungsverweigerung durch den Betriebsrat . . . . .	55
1. Einhaltung der Wochenfrist . . . . .	55
2. Einhaltung der Form . . . . .	55

## Inhaltsverzeichnis

3. Inhaltliche Anforderungen an die Verweigerungs- erklärung . . . . .	57
IV. Ergebnis . . . . .	58
C. Endergebnis . . . . .	59
Unterabschnitt II: Tarifvertrags- und Arbeitskampfrecht . . . . .	60
Fall 5 . . . . .	60
Sachverhalt . . . . .	60
Prüfungsaufbau . . . . .	62
Lösung . . . . .	62
A. Anspruch des K gegen H auf einen Stundenlohn	
i. H. v. EUR 12,00 . . . . .	62
I. Arbeitsvertrag . . . . .	62
II. Wirksamer Tarifvertrag . . . . .	62
III. Normative Wirkung des Tarifvertrags . . . . .	63
IV. Wegfall der normativen Wirkung . . . . .	63
1. Ausschluss des Arbeitgebers H aus dem Verband . . . . .	63
2. Einführung einer arbeitsvertraglichen Einheitsregelung während der Fortgeltung des Tarifvertrages . . . . .	64
a) Vereinbarung zwischen K und H über eine Reduzierung des Stundenlohns . . . . .	64
b) Günstigkeitsprinzip nach § 4 Abs. 3 TVG . . . . .	64
aa) Rechtsprechung des BAG . . . . .	65
bb) Kritik an der Rechtsprechung . . . . .	66
cc) Andere Lösungsansätze in der Literatur . . . . .	68
(1) Einzelvergleich . . . . .	68
(2) Gesamtvergleich . . . . .	68
c) Zwischenergebnis . . . . .	68
3. Beendigung des Entgelt-TV . . . . .	69
a) Wirksame Beendigung des Tarifvertrags durch Kündigung . . . . .	69
b) Nachwirkung nach § 4 Abs. 5 TVG . . . . .	69
aa) Voraussetzungen der Nachwirkung . . . . .	69
bb) „Andere Abmachung“ i. S. v. § 4 Abs. 5 TVG . . . . .	70
(1) Ablösung durch die arbeitsvertragliche Einheitsregelung . . . . .	70
(2) Ablösung durch einen neuen Tarifvertrag . . . . .	71
B. Ergebnis . . . . .	73
Fall 6 . . . . .	74
Sachverhalt . . . . .	74
Prüfungsaufbau . . . . .	75
Lösung . . . . .	75
A. Anspruch aus dem Entgelt-TV 2013 i. V. m. § 4 Abs. 1 Satz 1 TVG, dem Arbeitsvertrag und § 611 Abs. 1 BGB . . . . .	75
I. Arbeitsverhältnis . . . . .	75
II. Wirksamer Entgelt-TV 2013 . . . . .	75
III. Unmittelbare und zwingende Wirkung des Entgelt-TV 2013 . . . . .	76

B. Anspruch aus § 611 Abs. 1 BGB i. V. m. dem Entgelt-TV 2013 aufgrund ausdrücklicher einzelvertraglicher Inbezugnahme . . . . .	76
C. Anspruch aus § 611 Abs. 1 BGB i. V. m. aufgrund betrieblicher Übung in Bezug genommenem Entgelt-TV 2013 . . . . .	78
I. Arbeitsverhältnis zwischen D und Y . . . . .	78
II. Betriebliche Übung . . . . .	78
1. Begriff und dogmatische Einordnung . . . . .	78
a) Vertragstheorie . . . . .	78
b) Vertrauenshaftungstheorie . . . . .	79
2. Inbezugnahme eines Tarifvertrags als möglicher Gegen- stand einer betrieblichen Übung . . . . .	79
3. Vorliegen der Voraussetzungen einer betrieblichen Übung . . . . .	80
a) Freiwilliges, gleichförmiges, wiederholtes und vor- behaltloses Verhalten der Y-AG gegenüber den Arbeitnehmern . . . . .	80
b) Schutzwürdiges Vertrauen der Arbeitnehmer auf Anwendung der künftigen tariflichen Lohn- erhöhungen . . . . .	80
III. Zwischenergebnis . . . . .	84
D. Ergebnis . . . . .	84
<b>Fall 7 . . . . .</b>	<b>85</b>
<b>Sachverhalt . . . . .</b>	<b>85</b>
<b>Prüfungsaufbau . . . . .</b>	<b>87</b>
<b>Lösung . . . . .</b>	<b>87</b>
A. Arbeitsverhältnis . . . . .	87
B. Normative Wirkung des Schutz-TV . . . . .	87
C. Vorliegen der Voraussetzungen des § 7 Schutz-TV . . . . .	88
I. Voraussetzungen nach § 7 Ziff. 2 Schutz-TV . . . . .	88
II. Kein Ausschluss nach § 7 Ziff. 7 Schutz-TV . . . . .	89
1. Auslegung von § 7 Ziff. 7 Schutz-TV . . . . .	89
2. Ergänzende Auslegung von § 7 Ziff. 7 Schutz-TV . . . . .	91
a) Grundsätze für die ergänzende Auslegung von Tarifverträgen . . . . .	91
b) Anwendung auf den Fall . . . . .	92
aa) Nachträgliche Lückenhaftigkeit . . . . .	92
bb) Mutmaßlicher Wille der Tarifvertragsparteien . . . . .	92
(1) Vergleichbarkeit der Abfindung nach § 1 a KSchG mit einem Abfindungsvergleich . . . . .	92
(2) Telos der Ausschlussregelung . . . . .	93
cc) Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 3 GG . . . . .	94
D. Ergebnis . . . . .	94
<b>Fall 8 . . . . .</b>	<b>95</b>
<b>Sachverhalt . . . . .</b>	<b>95</b>
<b>Prüfungsaufbau . . . . .</b>	<b>97</b>

## Inhaltsverzeichnis

<b>Lösung</b> . . . . .	98
<b>A. Teil 1</b> . . . . .	98
<b>I. Zulässigkeit</b> . . . . .	98
1. Rechtswegzuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen . . . . .	98
2. Sachliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts . . . . .	98
3. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	98
4. Verfahrensart . . . . .	99
5. Parteifähigkeit . . . . .	99
6. Prozessfähigkeit . . . . .	101
7. Ordnungsgemäße Klageerhebung . . . . .	101
8. Besonderes Feststellungsinteresse . . . . .	102
9. Zwischenergebnis . . . . .	103
<b>II. Begründetheit der Klage</b> . . . . .	103
1. Zur Frage der Wirksamkeit von § 1 TV-EB . . . . .	103
a) Rechtsnormcharakter . . . . .	103
b) Kein Verstoß gegen höherrangiges Recht . . . . .	104
aa) Bestimmtheitserfordernis . . . . .	104
bb) Schriftformgebot . . . . .	104
cc) Negative Koalitionsfreiheit der nicht organisierten Arbeitnehmer . . . . .	104
dd) Positive Koalitionsfreiheit der anders organisierten Arbeitnehmer . . . . .	106
c) Zwischenergebnis . . . . .	106
2. Zur Frage der Wirksamkeit von § 5 TV-EB . . . . .	107
a) Rechtsnormcharakter . . . . .	107
b) Kein Verstoß gegen höherrangiges Recht . . . . .	107
aa) Bestimmtheitserfordernis . . . . .	107
bb) Schriftform . . . . .	108
cc) Überschreitung der Tarifmacht . . . . .	108
c) Zwischenergebnis . . . . .	109
3. Folgen der Unwirksamkeit . . . . .	110
<b>III. Ergebnis</b> . . . . .	110
<b>B. Teil 2</b> . . . . .	110
<b>I. Arbeitsverhältnis</b> . . . . .	110
<b>II. Wirksames Zustandekommen des Tarifvertrags</b> . . . . .	110
<b>III. Wirksamkeit von § 1 TV-EB</b> . . . . .	110
<b>IV. Normative Wirkung des TV-EB</b> . . . . .	111
1. Tarifbindung der Arbeitsvertragsparteien . . . . .	111
a) Tarifbindung der H-GmbH . . . . .	111
b) Tarifbindung des A . . . . .	112
2. Geltungsbereich des TV-EB . . . . .	112
3. Ergebnis . . . . .	112
<b>Fall 9</b> . . . . .	113
<b>Sachverhalt</b> . . . . .	113
<b>Prüfungsaufbau</b> . . . . .	114
<b>Lösung</b> . . . . .	114
<b>A. Anspruch auf Lohnzahlung für den 20. Mai 2013 bezogen auf den Zeitraum des halbstündigen Warnstreiks</b> . . . . .	114

I.	Anspruch aus § 611 Abs. 1 BGB i. V. m. dem Arbeitsvertrag . . . . .	115
1.	Entstehung des Lohnanspruchs . . . . .	115
2.	Untergang des Lohnanspruchs . . . . .	115
II.	Aufrechterhaltung des Lohnanspruchs nach §§ 615 Satz 1, 611 Abs. 1 BGB i. V. m. dem Arbeitsvertrag . . . . .	115
1.	Voraussetzungen des Annahmeverzugs . . . . .	116
a)	Erfüllbare Schuld der B . . . . .	116
aa)	Rechtmäßigkeit des Warnstreiks . . . . .	117
(1)	Führung durch zuständige Tarifvertrags- parteien . . . . .	117
(2)	Kampfziel: zulässige Tarifregelung . . . . .	118
(3)	Vereinbarkeit der Kampfführung mit zwingendem Recht . . . . .	118
(4)	Friedenspflicht . . . . .	118
(5)	Wahrung der Kampfparität . . . . .	119
(6)	Verhältnismäßigkeit . . . . .	120
(7)	Zwischenergebnis . . . . .	122
bb)	Erklärung der Streikbeteiligung durch B . . . . .	122
b)	Zwischenergebnis . . . . .	122
2.	Ergebnis . . . . .	122
III.	Aufrechterhaltung des Lohnanspruchs durch §§ 615 Satz 3, Satz 1, 611 Abs. 1 BGB i. V. m. dem Arbeitsvertrag . . . . .	123
B.	Anspruch auf die „Treueprämie“ . . . . .	123
I.	Gesamtzusage . . . . .	123
II.	Arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz . . . . .	123
1.	Begriff . . . . .	124
2.	Vorliegen der Voraussetzungen des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes . . . . .	124
a)	Ungleichbehandlung der B . . . . .	124
b)	Sachliche Rechtfertigung . . . . .	124
aa)	Abgrenzung zur Streikbruchprämie . . . . .	125
bb)	Maßregelungsverbot, § 612 a BGB . . . . .	125
III.	Ergebnis . . . . .	125
Unterabschnitt III: <b>Sozialrecht</b> . . . . .		127
Fall 10 . . . . .		127
Sachverhalt . . . . .		127
Prüfungsaufbau . . . . .		130
Lösung . . . . .		131
A.	Teil 1 . . . . .	131
I.	Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- versicherung . . . . .	131
1.	Merkmale für das Vorliegen einer Beschäftigung . . . . .	131
2.	Merkmale für das Vorliegen einer selbständigen Tätigkeit . . . . .	132
3.	Abgrenzung zwischen Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit . . . . .	132

## Inhaltsverzeichnis

a)	Weisungsgebundenheit oder frei gestaltete Tätigkeit und Arbeitszeit sowie Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft . . . . .	133
b)	Eingliederung in eine fremde Arbeitsorganisation . .	134
c)	Unternehmerrisiko . . . . .	135
d)	Vorhandensein einer eigenen Betriebsstätte . . . . .	135
e)	Weitere Indizien für das Vorliegen einer selbständigen Tätigkeit . . . . .	135
4.	Zwischenergebnis . . . . .	135
II.	Versicherungspflicht in der gesetzlichen Pflegeversicherung .	136
III.	Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung .	137
1.	Versicherungspflicht als Beschäftigte, § 1 Satz 1 Nr. 1 Hs. 1 SGB VI . . . . .	137
2.	Versicherungspflicht als sog. arbeitnehmerähnliche Selbständige, § 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI . . . . .	137
a)	Ausübung einer selbständigen Tätigkeit . . . . .	137
b)	Keine Beschäftigung versicherungspflichtiger Arbeitnehmer, § 2 Satz 1 Nr. 9 lit. a) SGB VI . . . . .	137
c)	Dauerhafte und wesentliche Abhängigkeit von nur einem Auftraggeber, § 2 Satz 1 Nr. 9 lit. b) SGB VI . . . . .	138
aa)	Begriff des Auftraggebers i. S. v. § 2 Satz 1 Nr. 9 lit. b) SGB VI . . . . .	138
bb)	Wesentliche und dauerhafte Abhängigkeit von nur einem Auftraggeber . . . . .	138
(1)	Abhängigkeit des Y . . . . .	139
(2)	Abhängigkeit des X . . . . .	139
IV.	Versicherungspflicht in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung . . . . .	139
1.	Versicherungspflicht aufgrund Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt, § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III . . . . .	139
2.	Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag, § 28 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB III . . . . .	139
3.	Ergebnis . . . . .	140
V.	Versicherungspflicht in der gesetzlichen Unfallversicherung .	140
VI.	Ergebnis . . . . .	140
B.	Teil 2 . . . . .	141
I.	Rechtsgrundlage . . . . .	141
II.	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	141
III.	Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	141
1.	Versicherungspflicht in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung . . . . .	142
a)	Vorliegen einer Beschäftigung . . . . .	142
b)	Gegen Arbeitsentgelt . . . . .	144
2.	Zwischenergebnis . . . . .	144
IV.	Ergebnis . . . . .	144



Fall 11	146
Sachverhalt	146
Prüfungsaufbau	148
Lösung	148
A. Teil 1	148
I. Anspruchsvoraussetzungen	148
1. Arbeitslosigkeit	148
2. Arbeitslosmeldung	150
3. Erfüllung der Anwartschaftszeit	150
4. Zwischenergebnis	151
II. Ruhen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld, § 159 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 1 SGB III (Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe)	151
1. Lösung des Beschäftigungsverhältnisses	151
a) Widerspruch nach § 613 a Abs. 6 BGB	151
b) Abschluss des Aufhebungsvertrages	154
2. Kausale Herbeiführung der Arbeitslosigkeit	154
3. Verschulden des K	154
4. Fehlen eines wichtigen Grundes	155
III. Ergebnis	156
B. Teil 2	156
I. Zu Frage 1	156
II. Zu Frage 2	156
III. Zu Frage 3	157
Fall 12	159
Sachverhalt	159
Prüfungsaufbau	160
Lösung	160
A. Zulässigkeit	160
I. Rechtswegeröffnung	160
1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	161
2. Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art	161
3. Abdrängende Sonderzuweisung	162
4. Zwischenergebnis	162
II. Statthaftigkeit des Widerspruchs	162
1. Anfechtungsklage als richtige Klageart im gerichtlichen Verfahren	163
2. Verpflichtungsklage als richtige Klageart im gerichtlichen Verfahren	163
3. Unechte Leistungsklage als richtige Klageart im gerichtlichen Verfahren	164
III. Widerspruchsbefugnis	165
IV. Form und Frist des Widerspruchs	166
V. Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit von X	166
VI. Zwischenergebnis	166
B. Begründetheit	167
I. Versicherteneigenschaft des X	167
II. Keine Überschreitung der Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung	167

## Inhaltsverzeichnis

III. Erwerbsminderung . . . . .	168
IV. Drei-Fünftel-Belegung nach § 43 Abs. 2 Satz 1 SGB VI . . . . .	168
V. Erfüllung der allgemeinen Wartezeit vor Eintritt der Erwerbsminderung . . . . .	170
VI. Zwischenergebnis . . . . .	170
C. Ergebnis . . . . .	170
<b>Fall 13 . . . . .</b>	<b>171</b>
<b>Sachverhalt . . . . .</b>	<b>171</b>
<b>Prüfungsaufbau . . . . .</b>	<b>173</b>
<b>Lösung . . . . .</b>	<b>174</b>
A. Teil 1 . . . . .	174
I. Versicherungspflicht des J in der gesetzlichen Rentenver- sicherung wegen der Tätigkeit bei der A-LLP . . . . .	174
1. Versicherungspflicht als Beschäftigter, § 1 Satz 1 Nr. 1 Hs. 1 SGB VI . . . . .	174
a) Vorliegen einer Beschäftigung . . . . .	174
b) Gegen Arbeitsentgelt . . . . .	175
c) Zwischenergebnis . . . . .	175
2. Befreiung von der Versicherungspflicht, § 6 SGB VI . . . . .	175
a) Vorliegen eines Befreiungstatbestandes . . . . .	175
aa) Pflichtmitgliedschaft in einer berufsständischen Versorgungseinrichtung . . . . .	175
bb) Pflichtmitgliedschaft in einer berufsständischen Kammer und Angehörigkeit zu einer Berufs- gruppe, für die bereits vor dem 1.1.1995 eine Pflichtkammermitgliedschaft bestand . . . . .	175
cc) Entrichtung einkommensbezogener Beiträge unter Berücksichtigung der Beitragsbemessungsgrenze zur berufsständischen Versorgungseinrichtung . . . . .	176
dd) Bestimmter Leistungsumfang der berufsständischen Versorgungseinrichtung . . . . .	176
ee) Ausübung einer berufsspezifischen Tätigkeit im Kammerberuf . . . . .	176
ff) Zwischenergebnis . . . . .	177
b) Antrag . . . . .	177
c) Zeitpunkt der Wirkung der Befreiung . . . . .	179
II. Versicherungspflicht des J in der gesetzlichen Renten- versicherung wegen der Tätigkeit an der Universität Konstanz . . . . .	179
1. Versicherungspflicht als selbständig tätiger Lehrer, § 2 Satz 1 Nr. 1 Var. 1 SGB VI . . . . .	179
a) Selbständige Tätigkeit als Lehrer . . . . .	180
b) Keine Beschäftigung versicherungspflichtiger Arbeit- nehmer . . . . .	180
aa) Beschäftigung des H im Zusammenhang mit der selbständigen Lehrtätigkeit des J . . . . .	180
bb) Versicherungspflicht des H . . . . .	180

2.	Erstreckung der Befreiung für die Anwaltstätigkeit auf die Dozententätigkeit, § 6 Abs. 5 SGB VI . . . . .	182
III.	Ergebnis . . . . .	182
B. Teil 2	. . . . .	183
I.	Zulässigkeit . . . . .	183
1.	Rechtswegeröffnung . . . . .	183
a)	Öffentlich-rechtliche Streitigkeit . . . . .	183
b)	Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art . . . . .	184
c)	Abdrängende Sonderzuweisung . . . . .	184
d)	Zwischenergebnis . . . . .	184
2.	Richtige Klageart . . . . .	184
3.	Klagebefugnis . . . . .	184
4.	Ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens . . . . .	185
5.	Klagefrist . . . . .	185
6.	Ordnungsgemäße Klageerhebung . . . . .	185
7.	Beteiligten- und Prozessfähigkeit . . . . .	186
a)	Beteiligten- und Prozessfähigkeit der B-Partnerschaft . . . . .	186
b)	Beteiligten- und Prozessfähigkeit des Rentenversicherungsträgers . . . . .	186
8.	Zuständigkeit des angerufenen Gerichts . . . . .	187
9.	Zwischenergebnis . . . . .	187
II.	Beiladung des J . . . . .	187
III.	Begründetheit . . . . .	188
1.	Rechtsgrundlage . . . . .	188
2.	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	188
3.	Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	189
a)	Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung . . . . .	189
b)	Geltung der erteilten Befreiung auch für die neu aufgenommene Tätigkeit bei der B-PartG . . . . .	189
c)	Erneute Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung . . . . .	190
d)	Umfang der Inanspruchnahme der B-Partnerschaft . . . . .	191
e)	Zwischenergebnis . . . . .	191
IV.	Ergebnis . . . . .	191
Fall 14	. . . . .	193
Sachverhalt	. . . . .	193
Prüfungsaufbau	. . . . .	195
Lösung	. . . . .	195
A. Teil 1	. . . . .	195
I.	Versicherteneigenschaft des A . . . . .	195
II.	Ausübung einer grundsätzlich versicherten Tätigkeit . . . . .	196
III.	Innerer (bzw. sachlicher) Zusammenhang zwischen dem Weg und der versicherten Tätigkeit . . . . .	196
IV.	Ergebnis . . . . .	200
B. Teil 2	. . . . .	200
I.	Erbringung einer Sozialleistung . . . . .	200
II.	Erbringung durch einen Leistungsträger . . . . .	201

## Inhaltsverzeichnis

III. Kein Fall des § 102 Abs. 1 SGB X . . . . .	201
IV. Unzuständigkeit des leistenden Trägers . . . . .	202
1. Versicherteneigenschaft des K . . . . .	202
2. Ausübung einer grundsätzlich versicherten Tätigkeit . . . . .	202
3. Innerer (bzw. sachlicher) Zusammenhang zwischen dem Weg und der versicherten Tätigkeit . . . . .	203
4. Unfallereignis . . . . .	205
a) Zeitlich begrenzte Einwirkung . . . . .	205
b) Von außen einwirkendes Ereignis . . . . .	206
c) Zwischenergebnis . . . . .	206
5. Unfallkausalität . . . . .	206
6. Schaden . . . . .	207
7. Haftungsbegründende Kausalität . . . . .	207
8. Zwischenergebnis . . . . .	208
V. Ergebnis . . . . .	208

## Zweiter Abschnitt: Fragen zur Wiederholung und Vertiefung, insbesondere zur Vorbereitung auf eine mündliche Prüfung . . . . . 209

I. Koalitions-, Tarifvertrags- und Arbeitskampfrecht . . . . .	209
1. Was ist eine Koalition im Sinne des Art. 9 Abs. 3 GG? Nennen und Beschreiben Sie die Merkmale des Koalitionsbegriffs . . . . .	209
2. Warum spricht die h. M. bei dem Grundrecht aus Art. 9 Abs. 3 GG von einem so genannten Doppelgrundrecht? . . . . .	211
3. Bei der individuellen Koalitionsfreiheit wird zwischen positiver und negativer Koalitionsfreiheit unterschieden. Erläutern Sie diese Differenzierung . . . . .	211
4. Welche Wirkung entfaltet das Grundrecht aus Art. 9 Abs. 3 GG im Privatverkehrsverkehr? . . . . .	212
5. Nach welchem Prinzip ist der überwiegende Anteil der Arbeitgeber- verbände und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland organisiert? . . . . .	212
6. Was versteht man unter dem Begriff der Tarifautonomie? . . . . .	212
7. Wer kann Partei eines Tarifvertrages sein? . . . . .	213
8. Beschreiben Sie den Begriff der Tariffähigkeit . . . . .	213
9. Beschreiben Sie den Unterschied zwischen einem Verbandstarifvertrag und einem Haustarifvertrag . . . . .	215
10. Was versteht man unter dem schuldrechtlichen Teil und dem norma- tiven Teil des Tarifvertrags? . . . . .	215
11. Was versteht man unter dem Begriff der Tarifkonkurrenz? . . . . .	215
12. Erläutern Sie den Begriff der Tarifpluralität . . . . .	216
13. Was bezeichnet man mit der Tarifzuständigkeit einer Gewerkschaft und woraus ergibt sich diese? . . . . .	216
14. Die Tarifvertragsparteien haben eine Normsetzungsbefugnis, jedoch kein Normsetzungsmonopol. Erläutern Sie diese Aussage . . . . .	216
15. Erläutern Sie die Bedeutung der unmittelbaren und zwingenden Wirkung von Rechtsnormen des Tarifvertrages . . . . .	217

16.	bleibt ein Arbeitgeber nach dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband an einen Verbandstarifvertrag gebunden? . . . . .	218
17.	Erläutern Sie den Begriff der Nachwirkung eines Tarifvertrages . . . . .	218
18.	Auf welchem Weg können Rechtsnormen eines Tarifvertrages auch für Arbeitnehmer Bedeutung erlangen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind? . . . . .	219
19.	Erläutern Sie kurz den Zusammenhang zwischen Tarifautonomie und der verfassungsrechtlichen Anerkennung von Arbeitskämpfmaßnahmen . . . . .	220
20.	Nennen Sie die Anforderungen an die Rechtmäßigkeit eines Streiks . . . . .	220
21.	Welche rechtlichen Folgen hat die Teilnahme an einem rechtmäßigen Streik für das Arbeitsverhältnis? . . . . .	220
<b>II. Recht der Unternehmensmitbestimmung und Betriebsverfassungsrecht</b>		<b>221</b>
1.	Nennen Sie die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen für die Unternehmensmitbestimmung . . . . .	221
2.	Nennen Sie die Merkmale, an welche die Unternehmensmitbestimmung nach den verschiedenen Gesetzen anknüpft . . . . .	221
3.	Worin liegen die wesentlichen Unterschiede bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats nach dem Drittelbeteiligungsgesetz und dem Mitbestimmungsgesetz? . . . . .	222
4.	Beschreiben Sie kurz die Begriffe Betrieb und Unternehmen im Sinne des Betriebsverfassungsrechts . . . . .	223
5.	Was versteht man unter einem so genannten Gemeinschaftsbetrieb i. S. d. BetrVG? . . . . .	223
6.	Das Gesetz unterscheidet zwischen Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat und Konzernbetriebsrat: Sind diese Vertretungsorgane zwingend zu errichten? . . . . .	224
7.	Unter welchen Voraussetzungen ist der Gesamtbetriebsrat für die Behandlung von Angelegenheiten zuständig? . . . . .	225
8.	Was versteht man unter der so genannten Betriebsversammlung im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes? Welche Aufgabe hat sie? . . . . .	225
9.	Sind bei der Ermittlung der Zahl der Betriebsratsmitglieder im Entleiherbetrieb Leiharbeitnehmer zu berücksichtigen? . . . . .	226
10.	Erläutern Sie das aktive und passive Wahlrecht nach dem Betriebsverfassungsgesetz unter Berücksichtigung von Leiharbeitnehmern . . . . .	228
11.	In welchen Angelegenheiten des Betriebs bzw. Unternehmens hat der Betriebsrat Beteiligungsrechte? . . . . .	230
12.	Welche Arten von Beteiligungsrechten des Betriebsrats gibt es? . . . . .	231
13.	Welche beiden Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes sind für das Verhältnis von Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung maßgeblich? . . . . .	232
14.	Welches sind die Instrumente der Betriebsparteien zur Regelung betrieblicher Angelegenheiten? . . . . .	235
15.	Welche Wirkung entfalten Betriebsvereinbarungen in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse? . . . . .	236
16.	Erläutern Sie den Begriff der teilmitbestimmten Betriebsvereinbarung . . . . .	237

## Inhaltsverzeichnis

17. Welche rechtliche Folge hat die Verweigerung der Zustimmung durch den Betriebsrat im Falle der geplanten Einstellung eines Arbeitnehmers in Unternehmen mit in der Regel mehr als 20 wahlberechtigten Arbeitnehmern? . . . . .	237
18. Können die Betriebsparteien vereinbaren, die Kündigung von der Zustimmung des Betriebsrats abhängig zu machen? . . . . .	238
19. Unter welchen Voraussetzungen ist ein Wirtschaftsausschuss einzurichten und welche Funktion übt er aus? . . . . .	238
<b>III. Individualarbeitsrecht . . . . .</b>	<b>239</b>
1. Beschreiben Sie den Begriff des Arbeitnehmers . . . . .	239
2. Was versteht man unter einem fehlerhaften Arbeitsverhältnis? . . . . .	239
3. Erläutern Sie die Zielsetzungen des Nachweisgesetzes . . . . .	242
4. Hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Beschäftigung im ungekündigten Arbeitsverhältnis? . . . . .	243
5. Unter welchen Voraussetzungen kann ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot wirksam vereinbart werden? . . . . .	244
<b>IV. Sozialrecht . . . . .</b>	<b>245</b>
1. Nennen Sie die verschiedenen Sozialleistungsbereiche . . . . .	245
2. Erläutern Sie den Begriff des Sozialrechts „im formellen Sinne“ . . . . .	246
3. Unter welchen Voraussetzungen unterliegen Anwartschaften und Ansprüche auf Leistungen der Sozialversicherung dem verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz nach Art. 14 GG? . . . . .	246
4. Begründen Sie die Bedeutung des Begriffs der Beschäftigung für die Sozialversicherung . . . . .	247
5. Beschreiben Sie den Unterschied zwischen dem Begriff der Beschäftigung im leistungsrechtlichen und beitragsrechtlichen Sinne . . . . .	247
6. Beschreiben Sie den zweigliedrigen Begriff der Krankheit in der gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	249
7. Beschreiben Sie das Verhältnis zwischen den Ansprüchen auf Entgeltfortzahlung und Krankengeld . . . . .	250
8. Erläutern Sie das Wirtschaftlichkeitsgebot in der gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	250
9. Welche Funktion haben die Pflegestufen in der sozialen Pflegeversicherung? . . . . .	251
10. Wie ist der Versicherungsstatus von geringfügig beschäftigten Personen in der gesetzlichen Rentenversicherung? . . . . .	252
11. Was meint der Grundsatz Rehabilitation vor Rente? . . . . .	252
12. Welche Altersrenten kennt die gesetzliche Rentenversicherung? . . . . .	253
13. Nennen Sie die Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld . . . . .	253
14. Welche rechtliche Folge hat die Verhängung einer Sperrzeit nach § 159 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 1 SGB III? . . . . .	254
15. Welche Verbindung besteht zwischen der gesetzlichen Unfallversicherung und dem privaten Haftungsrecht? . . . . .	255
16. Grenzen Sie die Versicherungsfälle des Arbeitsunfalls und der Berufskrankheit voneinander ab . . . . .	256

17. Welche Besonderheiten kennzeichnet die gesetzliche Unfallversicherung im Vergleich zu den anderen Zweigen der Sozialversicherung bezogen auf die Finanzierung? . . . . .	256
18. Was versteht man unter dem Nachrangprinzip in der Sozialhilfe? . . .	257
<b>V. Verfahrensrecht . . . . .</b>	<b>257</b>
1. Welche Rechtsmittel gibt es im arbeitsgerichtlichen Urteils- und Beschlussverfahren? . . . . .	257
2. Mit welcher Klage muss ein Arbeitnehmer die Unwirksamkeit der Befristung seines Arbeitsvertrages geltend machen? . . . . .	259
3. In welchen Fällen entscheidet der große Senat des Bundesarbeitsgerichts und wie setzt er sich zusammen? . . . . .	260
4. Erläutern Sie den Begriff des sog. „Forum Shoppings“ und das dahinter stehende Problem bei arbeitskampfrechtlichen Streitigkeiten . . . . .	260
5. Erläutern Sie die Klageart der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage . . . . .	262
6. Erläutern Sie den Grund, warum bei der Erhebung einer Verpflichtungsklage im sozialgerichtlichen Verfahren häufig auch eine Anfechtungsklage zu erheben ist . . . . .	262
 <b>Dritter Abschnitt: Beispiel einer Studien- bzw. Seminararbeit . . . . .</b>	 <b>263</b>
 Sachwortverzeichnis . . . . .	 307